

CONTRA SONDERVERMÖGEN

Friedrich Merz schreddert die Schuldenbremse – und liefert sich der SPD aus

Mit einer unlimitierten Kreditlinie für Verteidigung und dem 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen machen Union und SPD die Schuldenbremse bedeutungslos. Für Reformen zugunsten des Standorts Deutschland verheißt das nichts Gutes. Ein Kommentar contra Sondervermögen.



KOMMENTAR von Christian Ramthun

05.03.2025 - 16:02 Uhr

Dieser Kommentar ist Teil eines Pro/Contras. [Die Gegenrede lesen Sie hier.](#)

Es ist eine Billionen teure Vereinbarung, die Union und SPD am Dienstagabend getroffen haben. Mitten im Interregnum zwischen altem und neuem Bundestag schreddern Friedrich Merz, Markus Söder, Lars Klingbeil und Saskia Esken die deutsche Schuldenbremse. Sie spielt künftig keine praktische Rolle mehr. Denn das CDU/CSU/SPD-Arrangement sieht erstens eine Ausnahme für die Verteidigungsausgaben vor, die über ein Prozent des BIP hinausgehen. Eine unlimitierte Kreditkarte in Tarnfarbe also. Und zweitens soll es ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur geben, über die Schuldenbremse hinaus.

Wie konnte das passieren? Bis zur Wahl am 23. Februar hatte Kanzlerkandidat Merz für solide Staatsfinanzen gekämpft, er warnte vor einem Aufweichen der Schuldenbremse. Und jetzt? Natürlich hat Merz recht, dass wir mit einem Donald Trump im Weißen Haus viel Geld für eine funktionierende Verteidigung in die Hand nehmen müssen. Aber dazu braucht es keine zusätzlichen Sonderschulden von 500 Milliarden für Nicht-Verteidigungsausgaben.

Die gebotene Zusatzfinanzierung der Bundeswehr verknüpfen Lars Klingbeil und Saskia Esken einfach mit weiteren gigantischen Schulden. Für Infrastruktur, für Bildung, für die Rente, für sozialen Zusammenhalt – für klassische Aufgaben, die aus den regulären Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen zu finanzieren sind. Und wenn dort das Geld knapp ist, heißt es klassischerweise: sparen, priorisieren, reformieren. So sprach jedenfalls auch Friedrich Merz – vor der Wahl. Es scheint, als regiert nun die Rest-SPD ohne die Lindner-FDP einfach durch. Mit einem zwar viel größeren, aber wankelmütigen Koalitionspartner, der Merz-Union.



PRO SONDERVERMÖGEN



Schuldenkönig Merz: Versprechen gebrochen – Gott sei Dank

Friedrich Merz will mit dem alten Bundestag die Schuldenbremse reformieren. Ein riskantes Manöver. Und trotzdem richtig. Ein Kommentar pro Sondervermögen.



Kommentar von Benedikt Becker

EIN RATTENSCHWANZ AN KONSEQUENZEN

Die Schuldenbremse hat unverändert ihren besonderen Sinn. Für höhere Schulden müssen unsere Kinder mit Zins und Zinseszins bezahlen. Zu viel staatliches Geld treibt die Inflation, was die Menschen mit kleinerem Geldbeutel stärker trifft. Ein gigantisches Infrastrukturprogramm bindet Material und Bauarbeiter und verteuernt neuen Wohnraum zusätzlich.

Was außerdem gegen den Deal spricht: 100 Milliarden Euro vom Sondervermögen Infrastruktur will der Bund den Ländern zukommen lassen. Wir leben aber nicht in einem Zentralstaat, der sich um alles kümmert, sondern in einem föderalen Gemeinwesen. Wir brauchen daher auch keine zentralisierten Schulden für subsidiäre Aufgaben, die laut Verfassung von Ländern und Kommunen zu erfüllen und zu finanzieren sind. Und der Bund, er könnte die Autobahnen und Fernstraßen auch über eine Pkw-Maut in Schuss bringen – zielgerichtet und nutzerorientiert. Zum Beispiel. Da braucht es keine Riesenschuldenkeule für die Infrastruktur.



WiWo+ DURCHBRUCH IN SONDIERUNGSGESPRÄCHEN



Ist das Sondervermögen ein Wachstumsturbo für die Konjunktur?

Union und SPD einigen sich auf 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur und unbegrenzte Schulden für Verteidigungsausgaben. Wie groß der Impuls für die Wirtschaft ausfallen könnte.

von Henrike Adamsen und Laura Thalmeyer

Union und SPD stellen an den Anfang ihrer nächsten Beziehung gleichwohl ein Sondervermögen mit unvorstellbaren Kreditermächtigungen sowie eine unlimitierte Kreditlinie für die Bundeswehr. Sie können dann locker-flockig auf Pump regieren. Wo bleibt aber der heilsame Druck, sparsam zu wirtschaften? Sind die Sozialpolitiker aus SPD und Teilen der Union noch bereit, die überbordenden Sozialausgaben zu kürzen? Bei Rente, Bürgergeld oder im Gesundheitswesen gibt es dringenden Reformbedarf.

Diese Zweifel hegen auch die vier Ökonomen Clemens Fuest, Michael Hüther, Moritz Schularik und Jens Südekum, die sich in einem anderthalb Seiten umfassenden Papier vor der gestrigen Vereinbarung zwischen Union und SPD zu Wort meldeten. Zwar befürworten sie grundsätzlich Sondervermögen (SV) für Verteidigung und Infrastruktur. Sie verschweigen aber auch nicht das zentrale Problem: „In dem Moment, wo ein SV Infrastruktur kommt, fahren Bund, Länder und Kommunen in ihren Kernhaushalten die Investitionen runter und widmen sie für soziale Zwecke (Rente) um.“ Weiter heißt es: „Kurzfristig, also bei Einrichtung der beiden SVs im alten Bundestag, ist dieses Problem nicht auflösbar.“

MERZ RAUSCHT IN DIE SPD-FALLE

Diese Bedenken wischt Merz beiseite. Er will vor der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages eine Verfassungsänderung mit der alten Zweidrittelmehrheit vieler abgewählter Abgeordneter durchdrücken. Der Fahrplan lautet: 13. März erste Lesung im Bundestag, 17. März zweite und dritte Lesung, am 21. März Zustimmung auch im Bundesrat. Dann ist die Schuldenbremse geschreddert. Aber ohne dass Merz bis dahin bereits ein Gesamtpaket mit der SPD verhandelt hat.

Glaubt der Kanzler in spe, danach bei den Koalitionsgesprächen noch das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abschaffen zu können? Die Genossen dürften sich sträuben. Die gleiche Reaktion ist zu erwarten bei Steuerentlastungen für Unternehmen, Selbstständige und Beschäftigte. Im Wahlkampf war dies Toppriorität bei Friedrich Merz. Jetzt ist dieses Versprechen bei den Koalitionsgesprächen nach hinten gerutscht. Was ist bloß los da in Berlin?

WiWo+



WiWo+ IMMOBILIENINVESTMENT

„Da bleibt unter dem Strich nichts übrig“

von Niklas Hoyer



WiWo+ RÜSTUNGSAKTIEN

Drei Rüstungsprofiteure aus der zweiten Reihe

von Julia Groth



WiWo+ BAUMÄRKTE

Die Hagebau-Krise

von Stephan Knieps



Viele Unionswähler erwarten zuallererst von der künftigen Regierung, dass sie diesem Land wieder eine schwungvolle Perspektive bietet. Die schwache Wirtschaft muss auf die Beine kommen! Das Bürgergeld muss gestutzt werden, dass Arbeit sich wieder überall lohnt! Die Soziallasten müssen runter! Dynamik muss unsere Unternehmen und Gesellschaft wieder erfassen! Das wäre der Zauber eines Anfangs nach der verkorksten Ampel-Koalition (gewesen).

Dieser Beitrag ist eine aus Aktualitätsgründen überarbeitete Fassung des gestrigen WiWo-Newsletters Daily Punch.